

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 50-51 (1933)

Heft: 12

Rubrik: Verbandswesen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden heftig angefochten, dringend wird eine neue Bundesverfassung verlangt. Es ist allerdings mit den alten, überlieferten Theorien eine eigene Sache. Es geht ihnen oft wie den alten Röcken, wenn man sie etwas auffrischt, neu bügelt, dann sind sie plötzlich wieder ganz modern. Der Gedanke, daß die Berufsverbände eine gesetzliche Verankerung bekommen, um damit gleichsam öffentlich rechtliche Funktionen auszuüben hätten, ist sicherlich von größter Bedeutung. Die Verbände setzen sich heute ausnahmslos energisch dafür ein, um dem Gewerbe bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Ihre Bestrebungen werden aber immer wieder durchkreuzt durch Outsider, die die Bemühungen der Verbände jeweilen wieder zum Teil zunichte machen.

Wir haben Elemente, die einzelne Gewerbekategorien in einer ganzen Landesgegend täglich in unverantwortlicher Weise schädigen, die alle paar Jahre ihre Gläubiger mit einem Stundungsgesuch beglücken, die sich keinen Deut um Kalkulation bekümmern, ausgesprochene Freibeuter des Prinzips, jeder kann tun und lassen, was er will, wenn er nur nicht mit der formalen Strafgerichtigkeit in Konflikt gerät. Wenn Verbänden die Möglichkeit gegeben würde, solche Leute zur Vernunft zu bringen, so wäre damit sicherlich ein großer Schritt nach vorwärts getan. Daß die Verbände ihre Macht mißbrauchen, ist in unserer Demokratie kaum gefährlich, wo die Öffentlichkeit und die Kritik ständig zum Sprunge bereit sind, eigennütziges Verhalten anderer möglichst kraft an den Pranger zu stellen.

Herr Bundespräsident Schultheiß, der an der Versammlung persönlich anwesend war, nahm ebenfalls Stellung zu den gefallenen Voten. Er erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß die Gewerbefreiheit verfassungsmäßig etwas eingeschränkt werde. Er appellierte aber auch an die Solidarität aller Interessengruppen in der heutigen, schwierigen Zeit.

Die Tagung hat sicherlich allen Beteiligten Eindruck gemacht. Es wehte ein frischer Zug; mit langweiligen, doktrinären Ausführungen, wie man sie etwa an politischen Versammlungen hören kann, wurde man gänzlich verschont. Es ist sicherlich ein erfreuliches Zeichen, wenn in einem Wirtschaftsverbande über Zeitfragen in derart frischer und eindringlicher Weise diskutiert wird.

Wir fügen noch bei, daß als Präsident des Gewerbeverbandes wiederum Herr Nationalrat Schirmer bezeichnet wurde, und daß die nächste Verbands-tagung in Interlaken stattfinden wird.

Verbandswesen.

Die 47. Generalversammlung des Verbandes schweizerischer Schreinermeister und Möbel-fabrikanten in Ragaz revidierte teilweise die Statuten und verhandelte über die Tätigkeit und die Aufgaben der Beratungsstelle in St. Gallen. — Der

Schreinerfachschule in Bern bewilligte die Versammlung 2500 Franken Subvention.

Schweizerischer Spenglermeister- und Installateur-Verband. In der Tonhalle in Zürich wurde die 42. ordentliche Generalversammlung des Schweizerischen Spenglermeister- und Installateur-Verbandes durch den derzeitigen Präsidenten W. Grether eröffnet.

Es mochten etwa gegen 700 Delegierte dagewesen sein, als der Vorsitzende in einer packenden Eröffnungsrede in klaren Umrissen den derzeitigen Stand des gutorganisierten Verbandes nach innen und außen darlegte. Daß das Votum in ernsten Worten in einem Bekenntnis zu den gewerblichen Bestrebungen der nationalen Erneuerung ausklang, war eigentlich in den vorhergehenden Darlegungen tief begründet. Und der Schlußsaß, daß man mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darnach trachten muß, die im Inland betriebene Hetze gegen Volk und Armee zu unterbinden, löste den spontanen Beifall der aufmerksam aufhorchenden Delegierten aus. Die ordentlichen Jahrestätigkeiten fanden ihre normale Abwicklung. Jahresrechnung und Jahresbericht des Verbandes fanden die einmütige Zustimmung.

Zentralsekretär Dr. Gysler referierte über die Verbandsaktivität und entwickelte in seinem Referat die Zielpunkte der Mittelstandspolitik. Auch dieser Redner sprach in offenen Worten zu den heutigen wirtschaftspolitischen Problemen. Nachdem der Redner über technische und ökonomische Punkte, die den Verband als solchen interessieren, gesprochen hatte (Unfallgesetzgebung, Bildung, gewerbliche Lehrkräfte, Meisterprüfungen usw.), da begann er die heutige Mittelstandsbewegung als überparteiliche Erscheinung zu entwickeln. Die bürgerlichen Parteien sollten für den Mittelstand energischer eintreten und ihre Postulate zielbewußter vertreten. Man wolle sich in keiner Weise in die einzelnen Parteidoktrinen einmischen; aber jede Partei sollte sich bei ihren Maßnahmen zum Leitsatz machen, daß der Mittelstand als staats-erhaltender Faktor nicht zertrümmt werden dürfe. Das Referat fand den ungeteilten Beifall der Versammlung. Besonders applaudiert wurden die Sätze, die der ernsten gegenwärtigen Lage des Gewerbes galten. Man müsse auf die eigenen Kräfte abstellen und sich nicht von vornherein an den Rockschößen des Staates festhalten in Krisenzeiten. Aber man dürfe auch keine Sonderpolitik des eigenen Geschäftes betreiben. Die Gesamtheit des Mittelstandes soll stetsfort im Auge behalten werden. Kollegialität, Treue und ein Bekenntnis zur Förderung der Gesamtpostulate sollen die Träger der zukunftsreichen Mittelstandsbewegung sein. Aufwärts und vorwärts, das soll die Devise sein.

Der Präsident der technischen Kommission des internationalen Installateurverbandes, Herr Perret, Paris, orientierte die Versammlung in einem von feinem französischen Esprit getragenen Referat über die Tätigkeit des internationalen Verbandes. Der Schweiz als Behüterin des europäischen Friedens, zollte der Referent herzliche Worte der Anerkennung.

Nachdem als nächster Versammlungsort der Kanton Wallis bestimmt worden war (der Tagungsort wird später bekannt gegeben), schloß der Präsident die überaus temperamentvoll und anregend verlaufene Versammlung.

Am anschließenden Bankett in der Tonhalle stattete der frühere Präsident des Schweizerischen Spenglermeisterverbandes, Nationalrat Sträfle, eine Dankesbezeugung ab, die den ursprünglichen Gründern des Verbandes galt. Zur Gegenwart hinüberspielend betonte der Redner, daß er es bedaure, an der Versammlung keinen Vertreter der Stadt Zürich zu sehen. Die Stadt lehne es ab, an wirtschaftliche Fachverbände der Schweiz Delegationen zu entsenden. „Diese Praxis soll in Zukunft aufhören.“ Ein solches Verhalten entbehre jeder Berechtigung. Diese Sätze wurden mit spontanem Beifall der Versammlung quittiert. Der Sekretär des Schweizerischen Baumeisterverbandes, Dr. Fischer, entbot den Gruß der vertretenen übrigen Verbände, und Herr Perret, der vorgenannte internationale Verbandsvertreter, stattete noch einmal den Dank seiner vorgesetzten Verbandsbehörden ab.

Die ganze Veranstaltung hinterließ einen ausgezeichneten Eindruck. Der Verband arbeitet nicht nur für seine eigenen Interessen, sondern ihm liegt die Wohlfahrt der schweizerischen Volkswirtschaft am Herzen.

Das Bankett wurde durch Vorträge der Stadtmusik und durch Lautenlieder von Jacques Schmid eingehakt.

Die schweizerische Vereinigung für Heimatschutz hielt in Payerne ihre Delegiertenversammlung und in Estavayer ihre Hauptversammlung ab; die letztere beschäftigte sich insbesondere mit dem Problem des Seeuferschutzes und faßte folgende Resolution: „Die Heimatschutzvereinigung billigt das vom Zentralvorstand aufgestellte Arbeitsprogramm in allen Teilen und erhebt dasselbe zum Beschlusß. Sie stellt ergänzend dazu folgende Postulate auf: Die zuständigen Behörden der Eidgenossenschaft, der Kantone, der Gemeinden und der öffentlich-rechtlichen Korporationen seien einzuladen, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß keine in öffentlichem Besitz befindlichen Seeufergebiete an Private veräußert werden; die Seeufer seien der Allgemeinheit möglichst zugänglich zu machen und in einer der Landschaft angepaßten Weise anzulegen und auszubauen; sollte zu diesem Zwecke der Erwerb von in Privatbesitz befindlichen Ufergebieten notwendig sein, so ist zu versuchen, auf gütlichem Wege zum Ziele zu gelangen; im Falle der Nichtherhältlichkeit solle die Überführung in öffentlichen Besitz auf verfassungsmäßigem Wege, gegen volle Entschädigung, erfolgen; für den Fall, daß Ufergebiete aus öffentlichem Besitz zu Wochenend- und Siedlungszwecken Privaten zur Verfügung gestellt werden, sei denselben nicht das freie uneingeschränkte Eigentum, sondern nur ein Baurecht einzuräumen.“

Zum deutschen Transfermatorium.

Die Lage erfordert Zusammenstehen des ganzen Volkes.
(Mitgeteilt.)

Vor einigen Tagen ist der Bundesrat durch einhellige Beschlüsse der Kammern ermächtigt worden, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die durch den Erlaß des deutschen Transfermatoriums schwer gefährdeten schweizerischen Interessen zu schützen.

Dieses Moratorium bedeutet nichts anderes als daß Deutschland für einen namhaften Teil seiner Schuldverpflichtungen auf unbestimmte Zeit die Zahlungen einstellt. Der deutsche Schuldner wird seine Schuld künftig in Mark bezahlen, der Betrag darf aber nicht ins Ausland überwiesen, sondern bloß gutgeschrieben werden. Gewaltige schweizerische Guthaben werden dadurch notleidend. Allein an Zinsen für 2700 Millionen Bankkredite, Anleihen, Hypotheken usw. schuldet uns Deutschland jährlich 170 Millionen.

Anderseits sind wir trotz den Einfuhrbeschränkungen immer noch Großabnehmer deutscher Waren. Im Jahr 1932 bezahlten wir dafür an Deutschland 499 Millionen, wogegen das Reich bloß für 111 Millionen Schweizer Erzeugnisse bezog. Der Überschuß zugunsten Deutschlands betrug 388 Mill. Fr.

Es liegt auf der Hand, daß wir nicht in der Lage sind, weiterhin große Mengen deutscher Waren zu beziehen und zu bezahlen, wenn das Reich seine Zahlungen sistiert oder die im Handel mit der Schweiz verdienten Devisen zur Befriedigung anderer Gläubiger verwendet. Sollte sich Deutschland nicht bereit finden, unsere Sonderstellung als Mehrbezüger im deutsch-schweizerischen Warenaustausch anzuerkennen und ein Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zu treffen, so müßte der Bundesrat an die Beschränkung unserer Warenbezüge aus Deutschland und unserer Zahlungen an deutsche Lieferanten herantreten.

Man wird sich darüber klar sein, daß solche Geheimnahmen tiefgehende Eingriffe in das Wirtschaftsleben mit sich bringen würden. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß jeder Geschäftsmann und Konsument jene Eingriffe zu verspüren haben wird, und daß sich die Notwendigkeit ergeben könnte, der deutschen Ware und den betreffenden Reisevertretern etwas weniger Aufmerksamkeit entgegenzubringen als bisher. Es geht um Dinge, die nicht nur einige Kapitalisten, sondern das ganze Land berühren. Sollten wir gezwungen sein, einen Angriff auf unsere Wirtschaft abzuwehren, der keine Rücksicht auf die Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen erkennen läßt, so wird sich jeder einzelne Bürger hinter die Bundesbehörden zu stellen und im Geiste nationalen Opferwillens auch wenig angenehme Einschränkungen in Kauf zu nehmen haben. Wir wollen uns dessen alle genau bewußt sein, denn manche liebe Gewohnheit in der Bevorzugung ganz bestimmter Waren wird dann ohne Murren aufgegeben werden müssen.

Wir hoffen, daß es nicht so weit komme, da man auch in Deutschland einzusehen scheint, was eine einmütige Stellungnahme aller schweizerischen Volkskreise für die deutsche Exportwirtschaft bedeuten würde. Ein Beweis hierfür sind unauffällige Pressenotizen in schweizerischen Zeitungen, die jetzt schon von Berlin aus lanciert werden und uns an einer empfindlichen Stelle treffen sollen. Es wird darin auf die erfreuliche Zunahme des deutschen Reiseverkehrs nach der Schweiz hingewiesen, und mit ziffernmäßigen Angaben will man uns die Wichtigkeit dieses Verkehrs vor Augen führen; hätte er uns doch im April 200,000 Fr. mehr eingebracht als im Vormonat. Wir möchten empfehlen, solche Artikel mit einiger Zurückhaltung zu genießen und ihre Tendenz, eine schweizerische Wirtschaftsgruppe gegen die andere auszuspielen, zu erkennen.

Schweizerwoche-Verband.